

384582-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Ersatzneubau Wiehltalbrücke BW 5010 724 zwischen AS Wiehl-Bielstein und AS Gummersbach - Verkehrsanlage Lph 1 + 2 und Ingenieurbauwerk/Tragwerksplanung Lph 1 - 3
OJ S 106/2026 04/06/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland
E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabeservice@autobahn.de
Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Ersatzneubau Wiehltalbrücke BW 5010 724 zwischen AS Wiehl-Bielstein und AS Gummersbach - Verkehrsanlage Lph 1 + 2 und Ingenieurbauwerk/Tragwerksplanung Lph 1 - 3
Beschreibung: A 4 Ersatzneubau Wiehltalbrücke BW 5010 724 - Verkehrsanlage Lph 1 + 2 und Ingenieurbauwerk/Tragwerksplanung Lph 1 - 3
Kennung des Verfahrens: 4f4fd8f6-3ce0-4b7e-9a2d-c469f8bf43f3
Interne Kennung: 45-25-5024
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71322300 Planungsleistungen für Brücken, 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen, 71332000 Dienstleistungen im Bereich Geotechnik

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Krefeld
Postleitzahl: 47805
Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Es werden 4 Bewerber zur Angebotsabgabe auf der Grundlage der unten aufgeführten Auswahlkriterien aufgefordert: Für die geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen sind die vom Auftraggeber vorgefertigten Teilnahmeunterlagen zu verwenden. Die Teilnahmeunterlagen fassen die gewünschten Informationen und Nachweise der Bekanntmachung zusammen. Der Antrag auf Teilnahme ist zwingend in seiner Form einzuhalten. Die geforderten Nachweise und gewünschten Erklärungen sind entsprechend der

vorgegebenen Nummerierung der Anlagen zu den jeweiligen Kapiteln der Teilnahmeanträge zu gliedern und zu sortieren. Die Nichtverwendung sowie die unvollständige Verwendung / Ausfüllung der vorbereiteten Teilnahmeunterlagen können zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt, darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen reicht nicht aus. Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften hingewiesen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Korruption: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Betrug: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, soweit Ihr Unternehmen beitragspflichtig ist.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorliegen (§ 124 (2) GWB). Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Ersatzneubau Wiehltalbrücke BW 5010 724 zwischen AS Wiehl-Bielstein und AS Gummersbach - Verkehrsanlage Lph 1 + 2 und Ingenieurbauwerk/Tragwerksplanung Lph 1 - 3

Beschreibung: Ersatzneubau Wiehltalbrücke BW 5010 724 zwischen AS Wiehl-Bielstein und AS Gummersbach - Verkehrsanlage Lph 1 + 2 und Ingenieurbauwerk/Tragwerksplanung Lph 1 - 3

Beschreibung der Planungsaufgabe: Die Bundesautobahn A4 gehört zu den wichtigsten Autobahnen Deutschlands und verläuft als überregionale Ost-West-Achse von der niederländischen bis zur polnischen Grenze (Unterbrechung Krombach-Kirchheim). Sie stellt eine wichtige Verbindung des Sieger- und Sauerlandes mit der Metropolregion Köln und der Rheinschiene dar. Die A 4 verläuft durch das deutsche Mittelgebirge (Bergisches Land) und weist eine sehr angepasste Streckenführung auf mit erheblichen Steigungs- und Gefällestrecken. Bei Bielstein (Stadt Wiehl, Oberbergischer Kreis, Nordrhein-Westfalen) befindet sich die Wiehltalbrücke an einem vierstreifigen Streckenabschnitt der A 4. Die Wiehltalbrücke (BW 5010 724) wurde 1970 im Zuge des Ausbaus der A 4 errichtet und überspannt den Fluss Wiehl. Im Jahr 2004 kam es zu einem erheblichen Brandunfall, so dass

ein Teil des Überbaus erneuert werden musste. Der Überbau wurde als Stahldeckbrücke aus Vollwandträgern konstruiert und trägt eine Länge von 705 m. Beide Richtungsfahrbahnen liegen auf einem einteiligen Überbau, welcher auf Pfeilern lagert. Das Bauwerk Wiehltalbrücke hat das Ende ihres Lebenszyklus erreicht und ist der täglichen Verkehrsbelastung nicht mehr gewachsen. Das Bauwerk im jetzigen Zustand ist bereits unter der jeweils einstreifigen Verkehrsführung statisch ausgelastet und soll nach dem derzeitigen Stand verstärkt und saniert werden. In Anbetracht der ermittelten Restnutzungsdauer ist die Planung und der Ersatzneubau der Wiehltalbrücke vorgesehen. Beschreibung der Leistung: Inhalt der Ausschreibung sind die: • Leistungsphasen 1 und 2 der Objektplanung Verkehrsanlagen - Untersuchung von 5 Trassenvarianten - Untersuchung Notfallvariante (Ersatzneubau in Bestandslage) - Bauablauf-, Bauphasenplanung - Planung untergeordnetes Netz während der Bauzeit - Lärmtechnische Untersuchung - Ermittlung der Eingriffe in Eigentum - Kostenschätzung - Mitwirken bei Termin zur Öffentlichkeitsbeteiligung • Entwässerungsplanung - Konzeptplanung der Varianten • Objektplanung Ingenieurbauwerke LP 1-3 • Tragwerksplanung LP 1-3 • Geotechnik - Erkundungskonzept nach DIN 4020 für die Vorzugsvariante und Notfallvariante
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71322300 Planungsleistungen für Brücken, 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen, 71332000 Dienstleistungen im Bereich Geotechnik

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Krefeld

Postleitzahl: 47805

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50679

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Wiehl

Postleitzahl: 51674

Land, Gliederung (NUTS): Oberbergischer Kreis (DEA2A)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 04/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2027

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#Die Kommunikation erfolgt während des gesamten Vergabeverfahrens ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform. Von anderen Zustellungswegen bitten wir abzusehen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen über die Ausführung von Leistungen in den letzten fünf (für die Objektplanung Verkehrsanlage) bzw. 10 Jahren (für die Objektplanung Ingenieurbauwerke /Tragwerksplanung), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (§ 46 (3) Nr. 1 VgV) Mindeststandard: Der Bewerber muss mindestens für ein vergleichbares, abgeschlossenes Projekt die Planungsleistungen erbracht haben, das folgende Kriterien erfüllt: Objektplanung Verkehrsanlagen • Planung einer Verkehrsanlage für die Lph. 1 bis 2 in Anlehnung an § 47 HOAI einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße • Gleichzeitiger Neu-, Um- oder Ausbau von mindestens einem Ingenieurbauwerk (Brückenbauwerk /Tunnelbauwerk) • Bauvolumen \geq 100 Mio.€ (brutto) • Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2021 sowie Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung • Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung in Anlehnung an §§ 43 und 51 HOAI, Lph. 1 bis 3 an einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße • Neubau mindestens einer Großbrücke (Einzelstützweite \geq 100 m; Gesamtlänge \geq 300 m) • Bauen im Bestand (urbaner Raum) • Taktschiebeverfahren und/oder Querverschub für mindestens eine planerische Leistungsphase • Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2016 Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann für das Taktschiebeverfahren bzw. den Querverschub für die Objektplanung Ingenieurbauwerke/Tragwerksplanung bei Bedarf durch weitere Referenzen erbracht werden. Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben zur Leistungsfähigkeit der Führungskräfte (Projektleitung) des Unternehmens, die die technische Leitung innehaben inkl. berufliche Befähigung (§ 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV) Mindeststandard: Objektplanung Verkehrsanlagen Mindestens eine Führungskraft (Projektleitung) mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar mit mind. 10-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung und Projektleitung von Großprojekten an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannte Person muss jeweils ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 5 Jahren nachgewiesen werden, das die folgenden Kriterien erfüllt: • Objektplanung Verkehrsanlagen in Anlehnung an § 47 HOAI, Lph. 1 bis 2 einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße mit analoger Streckenlänge • Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem vergleichbaren Ingenieurbauwerk (Brückenbauwerk/Tunnelbauwerk) • Bauvolumen \geq 100 Mio.€ • Vorstellung des Projekts im Rahmen von Öffentlichkeitsbeteiligungen • Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2021 Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann für den Punkt Vorstellung

im Rahmen von Öffentlichkeitsbeteiligungen für die Objektplanung Verkehrsanlage bei Bedarf durch eine weitere Referenz erbracht werden. Objektplanung Ingenieurbauwerke /Tragwerksplanung Mindestens eine Führungskraft (Projektleitung) mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung konstruktiver Ingenieurbau oder vergleichbar mit mind. 10-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung und Projektleitung von Ingenieurbauwerken an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannte Person muss jeweils mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden, das die folgenden Kriterien erfüllt: • Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung in Anlehnung an §§ 43 und 51 HOAI, Lph. 1 bis 3 im Zuge einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße • Neubau mindestens einer Großbrücke (Einzelstützweite ≥ 100 m; Gesamtlänge ≥ 300 m) • Bauen im Bestand (urbaner Raum) • Taktschiebeverfahren und/oder Querverschub für mindestens eine planerische Leistungsphase • Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2016 Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann für das Taktschiebeverfahren bzw. den Querverschub für die Objektplanung Ingenieurbauwerke/Tragwerksplanung bei Bedarf durch weitere Referenzen erbracht werden. Objektplanung Geotechnik Mindestens eine Führungskraft (Verantwortliche Person) mit folgender Qualifikation: Geotechnischer Sachverständiger i.S. DIN 4020 (Sachverständiger für Geotechnik gemäß EASV der DGGT oder öffentlich und vereidigter Sachverständiger für Erd-/Grundbau) oder Studium im Bereich Bauingenieurwesen, Geotechnik oder angewandte Geowissenschaften/Ingenieurgeologie mit folgenden zwei möglichen Voraussetzungen: • Abschluss Master/Diplom und mind. 5 Jahre Berufserfahrung im Bereich Geotechnik für Maßnahmen im Straßen-/Erdbau und konstruktiven Ingenieurbau/Brückenbau sowie zusätzlich Nachweis der regelmäßigen Teilnahme an Schulungen im Bereich Geotechnik/Erd-/Grundbau (mind. 1 Schulung aus den Jahren 2023 - 2026 und mind. 1 Schulung aus den Jahren 2020 - 2023) oder • Abschluss Bachelor und mind. 7 Jahre Berufserfahrung im Bereich Geotechnik für Maßnahmen im Straßen-/Erdbau und konstruktiven Ingenieurbau/Brückenbau sowie zusätzlich Nachweis der regelmäßigen Teilnahme an Schulungen im Bereich Geotechnik/Erd-/Grundbau (mind. 1 Schulung aus den Jahren 2023 - 2026, mind. 1 Schulung aus den Jahren 2020 - 2023 und mind. 1 Schulung aus den Jahren 2017-2020). Für die Führungskraft müssen zusätzlich mind. 2 abgeschlossene Referenzen der letzten 5 Jahre für einen öffentlichen Auftraggeber, die das folgende Kriterium erfüllen nachgewiesen werden. • Geotechnische Untersuchung gem. DIN EN 1997-2 von Brückenbauwerken der geotechnischen Kategorie GK 3 Hinweise: Anerkannt werden Schulungen im Bereich Geotechnik/Ingenieurgeologie zu den Themen Erdbau, Spezialtiefbau, Bodenmechanik, Grundbau, Boden-/Baugrundverbesserung, Tunnelbau, Felsmechanik, Bauen in Erdbebengebieten, Umweltgeotechnik, Geokunststoffe und Geotextilien im Erd-/Grundbau. Voraussetzung ist die Anerkennung der jeweiligen Fortbildungsveranstaltung seitens der Ingenieurkammer Bau NRW (§6 Fort- und Weiterbildungsverordnung). Alternativ gelten auch Teilnahmebestätigungen von der Deutschen Gesellschaft für Geotechnik (DGGT) oder die Anerkennung der jeweiligen Fortbildungsveranstaltung durch eine Landesingenieurkammer außerhalb von NRW. Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Sofern mehr als 4 Bewerber als geeignet anzusehen sind, bewertet der Auftraggeber dies zuvor genannten Eignungskriterien zur Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber wie folgt: Siehe Anlage zum Dokument 45-25-5024 Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen zu technischen Fachkräften, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV) Mindeststandard: Objektplanung Verkehrsanlagen Mindestens zwei technische Fachkräfte die maßgeblich die Planungsleistung erbringen, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung Verkehrsplanung oder vergleichbar mit mind. 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung von Verkehrsanlagen an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 5 Jahren nachgewiesen werden, das die folgenden Kriterien erfüllt: • Objektplanung Verkehrsanlagen in Anlehnung an § 47 HOAI, Lph. 1 bis 2 einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße mit analoger Streckenlänge • Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem Ingenieurbauwerk (Brückenbauwerk /Tunnelbauwerk) • Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2021 Objektplanung Ingenieurbauwerke/Tragwerksplanung Mindestens zwei technische Fachkräfte die maßgeblich die Planungsleistung erbringen, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung konstruktiver Ingenieurbau oder vergleichbar mit mind. 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung von Ingenieurbauwerken an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden, das die folgenden Kriterien erfüllt: • Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung in Anlehnung an §§ 43 und 51 HOAI, Lph. 1 bis 3 an einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße • Neubau mindestens einer Großbrücke (Einzelstützweite ≥ 100 m; Gesamtlänge ≥ 300 m) • Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2016 Entwässerungsplanung /hydraulische Berechnungen Mindestens eine technische Fachkraft die maßgeblich die Leistung erbringt, mit abgeschlossenenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar, mit mind. 3-jähriger Berufserfahrung im Bereich Entwässerungsplanung nach RAS-Ew im Zuge von Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen Immissionsschutzplanung Lärm Mindestens eine technische Fachkraft die maßgeblich die Leistung erbringt, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar, mit mind. 3-jähriger Berufserfahrung im Bereich Erstellung von Lärmschutzgutachten (nach den Kriterien der Lärmvorsorge) im Zuge von Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen Wird einer der o. g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Sofern mehr als 4 Bewerber als geeignet anzusehen sind, bewertet der Auftraggeber dies zuvor genannten Eignungskriterien zur Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber wie folgt: Siehe Anlage zum Dokument 45-25-5024 Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Angabe, welche Teile des Auftrags unter Umständen an Unterauftragnehmer vom Bewerber vergeben werden sollen. Mindeststandard: Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn die von ihm benannten Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Versicherungsnachweis bzw. Zusicherung der Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung auf Abschluss oder auf Erhöhung der Versicherungssumme im Auftragsfall (§ 45 (4) Nr. 2

VgV) Mindeststandard: Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 3 Mio. € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von mindestens 5 Mio. € Es ist zu bestätigen, dass die Maximierung mindestens das 2-fache der genannten Deckungssummen pro Jahr beträgt. Umweltschäden sind von der Berufshaftpflicht einzuschließen. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis für jedes Mitglied getrennt zu erbringen. Eine verbindliche Erklärung des Versicherungsunternehmens, dass ggf. niedrigere Haftungssummen im Auftragsfall erhöht werden, ist ausreichend. Wird dieser Mindeststandard nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Klarstellend wird auf die gesetzliche Regelung des Art. 5k VO (EU) Nr. 833-2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, hingewiesen. Die als Formular vorgegebene Eigenerklärung im Formblatt "45-25-5024 EU Eigenerklärung Art. 5k VO EU Nr. 833-2014-BMWKD.pdf", mittels derer die Auftraggeber die Einhaltung der vorgenannten Vorschrift zu prüfen haben, ist abzugeben.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Erklärung, dass das Unternehmen zur Erbringung der Dienstleistung berechtigt ist und die Berufsqualifikation gem. § 75 (1), (2), (3) VgV bzw. § 44 VgV besitzt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage von Bescheinigungen zur Berufsqualifikation zu verlangen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Planungskonzept

Beschreibung: Die folgenden Teilaspekte dienen der Transparenz zur Entscheidungsfindung im Kriterium. Sie werden mit 0 bis 5 Punkten gewertet. Eine Rundung auf einen vollen Punktwert erfolgt erst in der Gesamtsumme. Dieser volle Punktwert des Kriteriums geht dann in die Wichtung ein. Die folgenden Punkte werden berücksichtigt: • Bestandsaufnahme (Plausibilität der Annahmen und Datengrundlagen) (Wichtung innerhalb des Kriteriums 10 %) • Qualität des Projektverständnisses (Wichtung innerhalb des Kriteriums 20 %) • Identifikation kritischer Randbedingungen und die daraus resultierenden Lösungsansätze, incl. Schnittstellenmanagement und Risikoidentifikation und -behandlung (Wichtung innerhalb des Kriteriums 40 %) • Konzept zur Rückbauplanung des Bestandsbauwerks (Wichtung innerhalb des Kriteriums 10 %) • Konzept zur Planung der Notfallvariante (Wichtung innerhalb des Kriteriums 20 %) Hinweis: Die eingereichten Konzepte werden Vertragsbestandteil.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept zur Personalorganisation

Beschreibung: Die folgenden Teilaspekte dienen der Transparenz zur Entscheidungsfindung im Kriterium. Sie werden mit 0 bis 5 Punkten gewertet. Eine Rundung auf einen vollen Punktwert erfolgt erst in der Gesamtsumme. Dieser volle Punktwert des Kriteriums geht dann in die Wichtung ein. Gewertet werden zu gleichen Teilen: • Personaleinsatzplan in Bezug auf die Umsetzung der Leistung • Anzahl und Verfügbarkeit des projektverantwortlichen Personals • Personalressourcen im Unternehmen • Vertreterregelungen Hinweis: Die eingereichten Konzepte werden Vertragsbestandteil.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Honorar/Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=Details&TenderOID=54321-Tender-19e81ec5139-4cbc7698dcda5a7e>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabe.autobahn.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 06/08/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.autobahn.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 14/07/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen richtet sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Rechtsform der Bietergemeinschaften, an die der Auftrag vergeben wird (falls zutreffend): Gesamtschuldnerisch haftende

Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter. Mehrfachbeteiligungen einzelner

Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zum Verfahrensausschluss sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften. Zahlungsbedingungen: Abschlagszahlungen gem. Projektfortschritt

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Die Autobahn GmbH des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Auf die Unzulässigkeit eines

Nachprüfungsantrages nach Ablauf der Frist des § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB (15 Tage nach Eingang des Nichtabhilfebescheids auf eine Rüge) wird hingewiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156

Postanschrift: Willy-Brandt-Platz 2

Stadt: Krefeld

Postleitzahl: 47805

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabeservice@autobahn.de

Telefon: +49 215136807701

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Profil des Erwerbers: <https://vergabe.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: N.N.

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Internetadresse: https://www.bundeskartellamt.de/DE/Vergaberecht/vergaberecht_node.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt.-ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640964911

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt. ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640964911

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-7007

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6edf6bfd-b30c-4a4a-94af-46926f869adb - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/06/2026 08:04:57 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 384582-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 106/2026
Datum der Veröffentlichung: 04/06/2026